

Konzept aus alter Zeit

Zu: „Kein Geld für Flughäfen“, FR-Wirtschaft vom 7. November

Verkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU scheitert erneut mit einem seiner verantwortungslosen Pläne. Diesmal geht es um die finanzielle Unterstützung der Regionalflughäfen in Deutschland.

Scheuer sieht die Notwendigkeit dieser überflüssigen und kostspieligen Flug-Verkehrsinfrastruktur als „Chance und für das Erlebnis der Mobilität für alle Schichten“.

In einer Rundfunksendung wird Scheuers Rechtfertigung dieser Regionalflughäfen zitiert mit dem Argument, dass „dem Arbeiter auf dem Land wegen der berechtigten Chancengleichheit“ auch die Möglichkeit gegeben werden müsse, bequem in Urlaub reisen zu können. Dies erinnert mich an das andgedachte Autobahnkonzept in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, als der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) die Forderung verkündet hatte, dass in Deutschland keine Ortschaft weiter als 25 Kilometer von einer Autobahnauffahrt sein dürfte.

Herr Minister Andreas Scheuer, eine verantwortungsvolle und dem vernünftigen Menschenverstand angepasste Verkehrspolitik sieht anders aus, zum wieder mit ihrem Plan ein Einschreiten der Europäischen Union droht!

Gerd Himmelreich, Glashütten



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201116. Übersicht: frblog.de/aktuell

Ein wahrlich abgedrehtes Finale

USA: „Gegen die Spaltung kein Rezept“ u. „Trump blockiert Amtsübergabe“, FR-Tagesthema v. 7.11. und -Politik vom 10.11.

„Trumpismus“ ist zu viel der Ehre“

Es ist eindeutig zu viel der Ehre, nach einem politischen Alptraum wie diesem Menschen einen auf seinem Namen beruhenden politischen Stil (Trumpismus“) zu benennen. Auch wenn gesellschaftlich entwickelte Menschen das als die unbrauchbarste Geisteshaltung einer Gesellschaft verstehen, so werden seine Anhänger es als positive Hinterlassenschaft begreifen, der sie nacheifern wollen.

Donalds politischer Stil ist einfach extremer Populismus, gepaart durch extremen Narzissmus, genauer: primitive, gesellschaftsfeindliche Egozentrik. Wer sich mit Grundverhalten von Lebewesen befasst erkennt, dass es sich bei diesem Verhaltensstil um die Grundantriebe unbewusster Tiere handelt, bei denen Intelligenz und Bewusstsein im Dienst tierischer Antriebe stehen. Moral oder gar gesellschaftliche Ethik sind dabei unbekannt. Auch mindestens 70 Millionen Anhänger in USA haben noch nicht erkannt, dass ein friedliches Zusammenleben kleinster wie größter Gesellschaften unmöglich auf solch einem Fundament aufgebaut werden kann, (siehe Rassismus, Ignoranz des Klimawandels, Gleichgültigkeit gegenüber Schwächeren etc.).

Das ist nicht verwunderlich, sind doch die tierischen Antriebe

in allen Menschen als Erbschaft genetisch verankert und wirken so lang ungebremst, wie zu geringe ethische Kontrolle darüber in den Gehirnen verankert ist.

Es gibt sowohl im Internet als auch in entsprechender Literatur hinreichend weiterführende Argumente zu dieser Sicht.

Bitte unterstützen Sie nicht mit „Trumpismus“ diesen Menschen dabei, in Erinnerung gehalten zu werden. Geben Sie ihm und seinen Anhängern keine Plattform!

Dieter Brandt, Eningen

Die zweite Trump-Welle kommt bestimmt

Das verspricht ein abgedrehtes Finale zu werden, wenn Trump das Weiße Haus mit Brettern vernagelt und sich im Oval Office verschanzt. Die durchgeknallte Fiktion rückt durchaus in den Bereich des Möglichen. Trump loszuwerden mutet immer mehr wie der Kampf gegen das unberechenbare Corona-Virus an.

Auch die zweite Trump-Welle kommt bestimmt. Schließlich hat fast die Hälfte der Amis den Trump-Faschismus in Kenntnis all seiner Ungeheuerlichkeiten gewählt. Die USA sind überdies als ein waffenstarreres Land berüchtigt, befeuert von der mächtigen, Trump treuen National Rifle Association. Das kann zwangsläufig kein gütliches Ende nehmen. Von wegen demo-

kratische Spielregeln, sondern Wildwest brutal!

Joachim Bohndorf, Bensheim

Der letzte Akt eines unwürdigen Dramas

Die beklagenswerten Wähler und Besucher dieses unwürdigen Theaterstückes können nur noch verlieren. Dauerkarten für diese Politbühnen werden jetzt zum Nulltarif verramscht, mit Negativzins zum Miet-Abo angeboten...

Was geht denn jetzt noch anders, was nicht schon längst entschieden, aber noch nicht vollständig ausgezählt ist? Im letzten Akt folgt nach der reinen Lehre der Dramaturgie die Auflösung des Konflikts! Der letzte Überlebende des Gemetzels will es jedoch nicht wahrhaben, seinen Söhnen bereitet er den beschämten Sturz in das „loyal“ vergiftete Kurzsword, deren geiselhafter Opfertod den Verführer reinigen soll? Wahrhaftige Familien-Bande? Clan-Band? World Disney's letztes Drama? Cäsar Zitat zu „de bello gallico“: „Alea jacta sunt“ (die Würfel sind gefallen)! Der Krieg ist entschieden! Aus, es ist vorbei! Basta! Klimawandel!

Warum nicht auch in den „gläubigen“/„ungläubigen“ USA des D. Trump? Warum lügen er und seine Anhänger noch immer? Es ist genug!

Heinz-A. Hetschold, Witten

Diskussion: frblog.de/trump-oder-biden

Es gibt keine Drachen mehr, dafür aber Bankbosse und Landesherrscher

Zu: 75 Lektionen Mut: „Für echte Ideale musst du etwas aufgeben“ und „Lass dich nicht zermürben“, FR vom 21. und 30. Oktober

Snowden hat sich bleibend verdient gemacht

Schweinereien von der Art, wie sie Snowden ans Licht brachte, zeichneten sich vor Jahrzehnten ab – in den USA wie in der BRD. Just einen Tag, bevor ich Frau Lindhoffs Artikel las, wühlte ich in altem Kram und stieß in „druck und papier“ vom 28. April 1986 auf meinen Aufsatz „Post und Industrie bauen Telefongehheimnis ab“. Dort: „Jetzt wird der Verfassungsschutz an einem Bildschirm die Rufnummer der Leute eintippen können, die abgehört werden sollen. Schickt er dann diese Angaben über Telefon an den Vermittlungscomputer der Post, so ist die Abhörschaltung schon perfekt“, weil die gesamte Vermittlung softwaregesteuert abläuft. Die Vermittlungsrechner stehen heute bei der Telekom statt bei der Post.

Im gleichen Heft findet sich eine Seite weiter der Artikel „Überwachungsstaat Amerika – Kirchen verklagen US-Regierung“ von Barbara Jentsch. Christliche Aktivisten wurden von mehr als zwei Dutzend staatlicher und privater Organisationen überwacht, von so ver-

trauten wie CIA, FBI, NSA, Einwanderungsbehörde und etwa sechs militärischen Geheimdiensten. Die Notstandsbehörde FEMA sollte für amerikanische „Dissidenten“ zuständig sein. Im Fall einer direkten US-Intervention in Mittelamerika sollten sowohl diese Dissidenten als auch etwa acht Millionen illegaler Einwanderer verhaftet und auf zehn militärische Anlagen verteilt werden. 1986 meinte ich hoffnungsvoll, der Grundkonsens aller Demokraten gebe genügend Kraft, um diese Versuche, den totalen Überwachungsstaat einzuführen, scheitern zu lassen. 2012 kann Snowden „einfach die Adresse, Telefonnummer oder IP-Adresse jedes einzelnen Menschen auf der Welt eingeben – und bekommt vollen Zugriff auf dessen Online-Aktivitäten“. Indem Snowden mit diesem Wissen an die Weltöffentlichkeit ging, hat er sich um die Verhinderung eines Spitzelstaats bleibend verdient gemacht.

Wolf Göhring, Bonn

Wie ist so etwas in unserem Land möglich?

Mit großem Interesse habe ich den Bericht über die vier ehe-

maligen Steuerfahnder in Hessen gelesen. Ich habe im Jahr 1996 nicht verstanden, wie so etwas in unserem Land möglich ist, dass Mitarbeiter die ihren Beruf ernst nehmen, auf eine solch schäbige Art und Weise aus ihrem Arbeitsverhältnis geworfen werden. Dabei hatten

75 JAHRE FR

Zukunft hat eine Stimme.

Zukunft hat eine Stimme:

Wer die Welt von morgen gestaltet

Sie doch recht, wie eine Rückzahlung der Steuerländer von rund 600 Millionen Euro im Zeitraum 1996 bis 2003 beweist. Im vorigen Jahr las ich mit Verwunderung, dass das Land Hessen den Betroffenen erst nach über 20 Jahren eine Entschädigung gezahlt hat.

Dieter Merz, Fernwald

Hat der Rechtsstaat wirklich funktioniert?

Herr Schmenger, für mich sind Sie und ihre MitarbeiterInnen Helden. Es gibt zwar keine Drachen mehr, aber Bankbosse und Landesherrscher und deren Schwarzgeld-Schützlinge. Gegen die haben Sie sich für Recht und Gesetz, also für uns Normalbürgerinnen, mutig in eine Schlacht gewagt, in der Erwartung, dass Ihre Vorgesetzten und Ihr Landesherrscher Recht und Gesetz respektieren. Sie hatten vielleicht nicht damit gerechnet, dass Ihr Vorgesetzter Dr. Schäfer, ehemaliger Commerzbank-Justiziar, strategisch geschickt im Finanzamt über Ihnen platziert worden war und dass als Beifang der von Ihnen sichergestellten Akten auch die Liechtensteiner CDU-Spendenschwarzgelder aus dem Flick-Bestechungsschatz dem CDU-Landesherrscher ein Dorn im Auge sein könnten.

Als Sie niedergeschlagen nach einer quälenden Phase Ihres Kaltgestelltwerdens, vergeblicher Briefe an ihre Dienstherren und unseren Landesherrscher Koch mit mir sprachen, waren Sie über die Ignoranz und

Niedertracht Ihres Landesherrschers Koch und obersten Dienstherrn Weimar überrascht und ratlos. Der willfähriger Frankfurter Auftragspsychiater Dr. Thomas Holzmann hatte Ihnen und ihren Mitstreitern zudem eine unheilbare „paranoid-querulatorische Entwicklung“ bescheinigt und damit Ihre lebenslange Niederlage besiegelt. Allein der von mir empfohlene, vom Landesherrscher nicht gängelbare justitielle Schleichweg zur Rehabilitierung durch die ärztliche Berufsgerichtsbarkeit befreite Sie vom Schizophrenie-Stigma, das im Finanzamt fleißig verbreitet worden war. Jetzt kommentieren Sie: „Der Rechtsstaat hat funktioniert.“

Dass Sie schließlich mit 20-jähriger Verspätung rehabilitiert wurden, verdanken Sie nicht der Justiz, sondern Ihrer Beharrlichkeit, der Öffentlichkeit, dem Finanzminister Thomas Schäfer und wohl auch der Macht-Zivilisierung durch die grünen Koalitionspartner. Was auch ein niederschlagender Beweis des Rechtsstaatsversagens ist

Claus Metz, Bad Vilbel

frblog.de/mut